



Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

**Wirtschaft, Finanzen und der Euro, Binnenmarkt, Grenzen und Sicherheit, Justiz und Grundrechte, Verbraucherschutz, Steuern:
EU-Initiative zu Beschränkungen für Barzahlungen
01.03.2017 – 31.05.2017**

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 57. Sitzung am 4. April 2017 im Wege der Vorprüfung beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren der Europäischen Union erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Verfahren zur federführenden Beratung gemäß § 83d Abs. 1 BayLTGeschO an den Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zu überweisen.
3. Die Staatsregierung wird gebeten, für die federführende Beratung eine Stellungnahme mit einer Beschlussempfehlung vorzulegen.

Begründung:

Nach dem Ergebnis der Vorprüfung ist die Konsultation landespolitisch von Bedeutung.

Die Konsultation befasst sich im Hinblick auf mögliche Maßnahmen der EU zur Terrorbekämpfung mit Auswirkungen von Bargeldeinschränkungen auf einzelne Unternehmen und Organisationen wie auch auf die Wirtschaft im Allgemeinen. Ziel der Initiative ist es zu prüfen, ob Maßnahmen auf EU-Ebene angezeigt sind. Sollte es in der Folge zu Einschränkungen beim Barzahlungsverkehr kommen, so wären sicherheitsrechtliche wie auch wirtschaftliche Belange des Freistaats Bayern berührt.